

## Einige Bemerkungen zu Defender 2020

[www.bremerfriedensforum.de](http://www.bremerfriedensforum.de)

Aktueller Flyer von Feb. 2020: ..... *Denn die Bundesbahn hat klammheimlich mit der Bundeswehr einen Vertrag über die Bereitstellung von 300 Waggons und Lokomotiven zusätzlich zu den bereits von ihr gesicherten 280 Flachwagen abgeschlossen hat. **Damit sind 12% des europaweit verfügbaren Bestandes an Flachwagen für die Bundeswehr reserviert.** Der Vertrag ist seit 1. Januar gültig und garantiert damit, dass allein in diesem Jahr weit mehr als **1300 Transporte** in Richtung der östlichen NATO-Staaten erfolgen können. Für zwei Jahre werden Kosten von knapp **100 Millionen Euro fällig.** Um diese Aufgaben bewältigen zu können, wurden die „Vorfahrtsregeln“ umgekehrt. Also: Militär vor Zivil.*

Und warum der ganze Aufwand? Na weil doch die Russen die Krim usw. usw.  
Dies wird mehr oder weniger deutlich als Begründung für solch eine Riesenübung hergenommen.

War das mit der Krim tatsächlich eine Annexion? Dazu weiter unten einige Ausführungen.

Interessant und zugleich erschreckend an der Übung ist aber, dass Deutschland sozusagen als Drehscheibe fungiert. Bahn- und anderer Verkehr, Umweltschutz, Klimaziele werden diesem Popanz geopfert. Und Deutschland als treuer Vasall der Vereinigten Staaten macht eifrig mit. Dessen ungeachtet: Ich glaube nicht, dass dies mehr ist als eine Demonstration, denn heutzutage stehen sich nicht mehr wie früher die feindlichen Armeen gegenüber, sondern die Drohnenpiloten hinter ihren Rechnern.

Siehe hierzu [https://de.wikipedia.org/wiki/Drohnenangriffe\\_in\\_Pakistan](https://de.wikipedia.org/wiki/Drohnenangriffe_in_Pakistan) : *Bei den Drohnenangriffen in Pakistan handelt es sich um eine seit 2004 von der CIA verdeckt durchgeführte Kampagne im Rahmen des Kriegs gegen den Terror. Dabei greifen ferngesteuerte, unbemannte Drohnen Ziele in Pakistan an, meist um von den US-Behörden identifizierte Terrorverdächtige gezielt zu töten. Vor allem die ehemaligen Stammesgebiete unter Bundesverwaltung, seit 2018 Teil der Provinz Khyber Pakhtunkhwa, sind davon betroffen. Die Einsätze unterstehen strikter Geheimhaltung seitens der Vereinigten Staaten. Erst am 30. Januar 2012 bestätigte der US-amerikanische Präsident Barack Obama die Angriffe offiziell.*

*Die völkerrechtliche Basis für die Angriffe ist umstritten. US-Juristen haben die Praxis in offiziellen Anhörungen teilweise als „klaren Bruch des Völkerrechts“ bezeichnet. Unter anderem führt die Tatsache, dass bei den Angriffen mit von den Drohnen abgefeuerten Hellfire-Raketen bereits mehrere Hundert Unbeteiligte getötet wurden, darunter auch zahlreiche Kinder, zu anhaltender Kritik sowohl aus den USA als auch aus anderen Ländern.*

### Aber zurück zu Defender 2020, Daten und Kosten

.....Über das Großmanöver "Defender 2020" informieren Schelleis und sein US-Kollege, Generalmajor Andrew Rohling, in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin. Richtig sichtbar würden die Truppenbewegungen in Deutschland ab Ende Februar. Es ist eine amerikanische Übung zusammen mit 18 NATO-Partnerländern. Rohling betont, man richte sich nicht gezielt gegen irgendein Land, sondern es gehe vor allem um einen Test strategischer Bereitschaft, darum, wie man auf eine Krise reagieren könnte. Immerhin proben die USA das aber vor allem im Osten der NATO.

**Und ja, der Blick auf Russland habe sich geändert,** sagt Schelleis: "Russland hat gezeigt, dass es willens ist, Grenzen in Europa mit militärischer Macht zu verschieben - **durch die Annexion der Krim.**

Und das hat viele NATO-Mitglieder, insbesondere unsere östlichen Nachbarn, in Alarmzustand versetzt."

Nach mehrwöchiger Fahrt über den Atlantik treffen die ersten Panzer und anderes Gerät von rund **20.000 Soldaten aus den USA** in Bremerhaven ein. Von dort werden Material und Soldaten über Straßen und Schienen transportiert. Dass aber Panzer über die Straßen rollen, ist nicht geplant

**Für die Kosten von Defender 2020 für Deutschland** liegen bisher noch keine seriösen Berechnungen vor. Doch Bundeswehrkreise bestätigten dem Tagesspiegel grobe Schätzungen auf der Grundlage zurückliegender **Erfahrungswerte von circa 2,5 Millionen Euro**. Diese Bedarfsanalyse der beteiligten Teilstreitkräfte bezieht sich auf die Verlegung von Material und Personal, die Unterbringung sowie die Bereitstellung von Infrastrukturen. Weitere Kostenposten könnten indes noch dazu kommen.

Laut dem Online-Militärfachmagazin „Breakingdefense“ werden sich **die Kosten allein in den USA für die Truppen- und Materialverlegungen auf etwa 340 Millionen Dollar** belaufen. Die hohen Kosten für Militärübungen waren auch schon Ende der 80er-Jahre bei den Reforger-Manövern ein großes Thema. **Damals kamen jedoch auch zahlreiche Verkehrsunfälle hinzu: 1988 etwa wurden allein in Bayern beim Herbstmanöver 361 gezählt. Es gab 35 Schwerverletzte und sechs Tote.**

**Insgesamt nehmen an der Übung rund 37.000 Soldaten teil,**

**davon knapp 20.000 US-Soldaten.**

**Etwa 33.000 Fahrzeuge, Anhänger und Container werden bewegt,**

**mindestens 450 Panzer verladen,**

**und an 48-Konvoi-Tagen sind insgesamt bis zu 100 Bahntransporte geplant.**

**Die Bundeswehr unterstützt die US-Truppenverlegung mit bis zu 1500 Soldaten**

**und beteiligt sich mit bis zu 4000 Soldaten an den eigentlichen Manövern.**

**Für Sicherheitsvorkehrungen ist die Landespolizei auf der Straße zuständig, Feldjäger begleiten die Transporte.**

**Es werden 19 Nationen beteiligt sein.**

**Das Manöver zieht sich über sieben Länder.**

**Zehn Seehäfen und 14 Flughäfen werden angesteuert.**

Auch international wird Defender 2020 genau beäugt. **Mindestens 56 Nationen** – darunter Russland und Weißrussland – **wollen die Aktion mit Übungsbeobachtern in den Blick nehmen**. Im Bundesverteidigungsministerium erklärt man zwar, die Übung sei längerfristig angelegt. **„Sie ist nicht gegen Russland gerichtet“, betont etwa Generalleutnant Schelleis.**

Doch in den Unterlagen, die dem Tagesspiegel vorliegen heißt es auch: **„Ausgangspunkt ... war der Nato-Gipfel in Wales 2014 – der ganz im Schatten der russischen Annexion der Krim und der damit beginnenden neuen russischen Expansionspolitik stand.“**

Hier noch einige aktuelle Artikel:

<https://www.sueddeutsche.de/politik/defender-europe-2020-usa-bundeswehr-uebung-1.4814020>

<https://www.die-linke.de/themen/frieden/proteste-gegen-defender-2020/>

<https://www.ruhrnachrichten.de/dortmund/nato-aktion-defender-protest-panzer-soldaten-auf-dortmunds-strassen-1497701.html>

<https://www.tagesspiegel.de/politik/nato-manoever-defender-2020-startet-das-sind-die-routen-der-40-000-soldaten-und-das-sind-die-kosten/25436958.html>

<https://www.tagesschau.de/ausland/defender-103.html>

## Krim

[https://paulschreyer.files.wordpress.com/2018/05/geistlinger\\_beitritt-der-krim.pdf](https://paulschreyer.files.wordpress.com/2018/05/geistlinger_beitritt-der-krim.pdf)

Mit Verfassungsgesetz der Russländischen Föderation (RF) vom 21. März 2014<sup>1</sup> wurde die Republik Krim in die RF aufgenommen und zugleich wurden die Republik Krim und Sevastopol' als Stadt von föderaler Bedeutung eingerichtet. Dieses Verfassungsgesetz gilt auch als Tag der materiellen Änderung der Verfassung der RF (VfRF), die am 14. April 2014 unter Einschluss dieser Änderungen wiederverlautbart wurde.<sup>2</sup> Das Verfassungsgesetz vom 21. März 2014 stützt sich auf die Ergebnisse der Volksabstimmung auf der Krim vom 16. März 2014, auf die Unabhängigkeitserklärungen der Republik Krim und der Stadt mit Sonderstatus Sevastopol' und die jeweiligen Beitrittsanträge. Das Verfassungsgesetz übernimmt weitgehend die Bestimmungen des Beitrittsvertrages der Republik Krim und der RF vom 18. März 2014<sup>3</sup> und ergänzt diese zur Erstreckung der russländischen Rechtsordnung auf die Krim. Dem Verfassungsgesetz und dem Beitrittsvertrag ging eine Prüfung des Vertragsentwurfs durch das Verfassungsgericht (VfG) auf Antrag des Präsidenten der RF voraus. Das VfG entschied mit Urteil vom 19.3.2014, N 6-P4 auf Verfassungsmäßigkeit des Vertrages. **Der Vorgang, der die Übertragung des Gebiets Krim zu Sowjetzeiten aus der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) in die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (Ukrainische SSR) vom 19. Februar 1954 unter dem damaligen Vorsitzenden des Präsidiums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) Nikita Chruschtschow rückabwickelte und daher aus russländischer Sicht „Wiedervereinigung der Krim mit Russland“ genannt wird, steht im Konnex der sogenannten (Euro)Maidan-Ereignisse in der Ukraine.** Während in der allgemeinen Wahrnehmung heute jedoch vielfach beim revolutionären Umsturz in Kiew und der Flucht des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowytsch nach Russland angesetzt wird, sind die Vorgänge in der Ukraine mit einem für den Westen, den Zentralteil, den Süden und den Osten der Ukraine durchaus ähnlichen, allerdings zeitversetzten (im

Westen früher – im Osten später ablaufenden) Escheinungsbild schon bis in das Jahr 2012 zurückzuverfolgen.

<https://paulschreyer.wordpress.com/2018/05/29/annexion-der-krim-prof-merkel-widerspricht-georg-restle/>

Die Struktur dieser Vorgänge lässt sich an zwei einfachen Modellen verdeutlichen. In einer Diskussion mit Jan Philipp Reemtsma und dessen Mitarbeitern im Hamburger Institut für Sozialforschung habe ich sie am 16. Mai 2014 so skizziert:

„In unserer Frage geht es im Wesentlichen darum, wem eigentlich die Abspaltung der Krim primär zuzurechnen ist: ihrer Bevölkerung oder dem mit militärischer Drohgebärde anwesenden Russland? **Stellen wir uns Folgendes vor: Jemand geht in das Haus eines anderen, hält der 16-jährigen Tochter eine Pistole an den Kopf und sagt ‚Mitkommen!‘, woraufhin die Tochter aus Angst mitkommt. Das ist der klare Fall einer Entführung – wenn Sie so wollen, einer Annexion der Tochter. Wenn nun – mein zweites Modell – jemand in das Haus des Nachbarn geht, wissend, dass dessen Tochter aus dem Haus hinauswill, um zu ihm zu ziehen, und ebenfalls wissend, dass der Hausherr das nach Möglichkeit zu verhindern suchen wird, wenn er also in das Haus dieses Nachbarn geht, dem Hausherrn eine Pistole an den Kopf hält und sagt ‚Du hältst dich ruhig!‘, womit er der Tochter ermöglicht, nach ihrem eigenen Willen mit ihm zu kommen, dann ist sein Verhalten selbstverständlich rechtswidrig – eine Nötigung per Androhung von Gewalt. Aber eine Entführung, eine Annexion, ist es nicht.**

..... der Kosovo 2009 nach der (ohne jedes Referendum!) einseitig erklärten Unabhängigkeit von Serbien (die der Westen sofort anerkannt hat) dem Staat Albanien beigetreten wäre, das für eine Annexion des Kosovo durch Albanien halten würde. Und wenn er jetzt sagt, Albanien sei ja während des Vorgangs der Sezession des Kosovo dort auch nicht militärisch präsent gewesen, dann hätte er damit (1.) vollständig recht, wäre aber nun (2.) ersichtlich gehalten, die Funktion der (durchaus völkerrechtswidrigen) russischen Militärpräsenz auf der Krim im Frühjahr 2014 genauer zu klären. Wer nun freilich im Ernst glaubt, diese Präsenz habe just die Funktion einer Nötigung der Krim-Bevölkerung gehabt, der Loslösung von der Ukraine zuzustimmen, und ohne diese Nötigung hätte es diese Sezession nicht gegeben, würde damit nichts anderes deutlich machen als seine Ahnungslosigkeit in Bezug auf die Sezessionsneigungen der Krim-Bevölkerung, **die schon 20 Jahre vorher mit klarer Mehrheit zu Russland wollte, einer Mehrheit übrigens, die 2014 noch einmal erheblich zugenommen hatte.**

<https://www.heise.de/tp/features/Die-Krim-Separation-von-2014-4297856.html>

## Die Krim-Separation von 2014

09. Februar 2019 Wolfgang Bittner

War der Anschluss der Krim an Russland eine völkerrechtswidrige Annexion? - Ein Kommentar

Die im März 2014 erfolgte Abspaltung der Halbinsel Krim von der Kiewer Ukraine und der Anschluss an die Russische Föderation - angeblich eine völkerrechtswidrige Annexion - ist der Anlass für die Aggressionspolitik der westlichen Allianz unter Führung der USA mit der NATO gegen die Russische Föderation. Damit werden auch die Sanktionen gerechtfertigt sowie die Aufrüstung und Stationierung von Streitkräften an den russischen Grenzen. Angeblich wurde der Ukraine-Konflikt - als Beginn des erneuten Kalten Krieges - von Russland verursacht. Aber die Chronologie der Ereignisse beweist etwas anderes.

War der Anschluss der Krim an Russland eine Annexion?

Nach völkerrechtlicher Definition ist eine Annexion die gewaltsame Aneignung des Gebietes eines Staates durch einen anderen Staates, und sie erfolgt zumeist mit kriegerischen Mitteln und auf Dauer.<sup>1</sup> Es stellt sich also die Frage, ob die Separation der Krim, bei der kein einziger Schuss gefallen ist, tatsächlich eine Annexion im völkerrechtlichen Sinne gewesen ist.

Dazu hat der **Strafrechtler und Rechtsphilosoph Reinhard Merkel**, der dem deutschen Ethikrat angehört, im April 2014 einen detaillierten Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlicht.

*"Annexion" heißt im Völkerrecht die gewaltsame Aneignung von Land gegen den Willen des Staates, dem es zugehört, durch einen anderen Staat. Annexionen verletzen das zwischenstaatliche Gewaltverbot, die Grundnorm der rechtlichen Weltordnung. Regelmäßig geschehen sie im Modus eines "bewaffneten Angriffs", der schwersten Form zwischenstaatlicher Rechtsverletzungen. Dann lösen sie nach Artikel 51 der UN-Charta Befugnisse zur militärischen Notwehr des Angegriffenen und zur Nothilfe seitens dritter Staaten aus - Erlaubnisse zum Krieg auch ohne Billigung durch den Weltsicherheitsrat.*

*Reinhard Merkel*

Hätte es sich bei der Separation der Krim um eine Annexion gehandelt, wären also die Ukraine zur Notwehr gegen die Russische Föderation, und dritte Staaten, zum Beispiel die USA, ohne ein UN-Mandat zur Nothilfe befugt gewesen. Das hätte offenen Krieg gegen Russland bedeutet, aber das ist nicht geschehen. Denn es gab keine Annexion. Reinhard Merkel warnt dementsprechend vor dem inflationären, leichtfertigen Gebrauch des Begriffs "Annexion" und er kommt zu dem Ergebnis: "Freilich bietet dessen abstrakte Definition auch allerlei irreführenden Deutungen Raum. Aus einer von ihnen scheint sich das völkerrechtliche Stigma ableiten zu lassen, das der Westen derzeit dem russischen Vorgehen aufdrückt und an dem er die eigene Empörung beglaubigt. Aber das ist Propaganda. Was auf der Krim stattgefunden hat, war etwas anderes: eine Sezession."

Die Gründe für eine Abspaltung (Sezession) der Krim

Eine Sezession bedeutet im Völkerrecht die Abspaltung eines Landesteils von einem Staat "mit dem Ziel, einen neuen souveränen Staat zu bilden oder sich einem anderen Staat anzuschließen". Das ist auf der Krim geschehen, und zwar nach einem des Längeren von

auswärtigen Mächten, insbesondere den USA, vorbereiteten blutigen Putsch gegen die legitime Regierung Janukowitsch in Kiew.

Dass die USA bei diesem "Regime Change" eine entscheidende Rolle gespielt haben, womit sich bereits die damalige Europa-Beauftragte im US-Außenministerium, Victoria Nuland, gebrüstet hatte<sup>3</sup>, bestätigte US-Präsident Barack Obama am 1. Februar 2015 in einem Interview bei CNN. Zur sogenannten Annexion der Krim durch Russland sagte er: "Putin traf die Entscheidung in Bezug auf die Krim nicht etwa aus einer großen Strategie heraus, sondern einfach, weil er von den Protesten des Maidan und der Flucht von Janukowitsch überrascht wurde, nachdem wir einen Deal zur Machtübergabe ausgehandelt hatten."

Unmittelbar nach dem Regime Change in Kiew wurde von den Putschisten ein Verbot des Russischen als Zweitsprache beschlossen (später zurückgenommen). Die ehemalige ukrainische Ministerpräsidentin Julia Timoschenko drohte, sie wolle "dem Drecksack Putin in die Stirn schießen" und "die russischen Hunde fertigmachen".<sup>4</sup> Der Vorsitzende der rechtsextremen Swoboda-Partei, Oleg Tjagnibok, hatte dazu aufgerufen, "Russensäue, Judenschweine und andere Unarten" zu bekämpfen.<sup>(8)</sup>

Unter diesen Umständen kam es auf der Krim zu Separationsbestrebungen und im weiteren Verlauf zu einer Sezession. Festzustellen ist: Es gab keine gewaltsame oder kriegerische Aneignung der Krim durch Russland, vielmehr fand nach dem Staatsstreich ein Referendum statt, bei dem die Wahlbeteiligung 83 Prozent betrug und sich ca. 80 Prozent der wahlberechtigten Krimbewohner für den Anschluss an Russland aussprachen.<sup>5</sup>

Dem Referendum folgte eine Erklärung der staatlichen Unabhängigkeit und erst danach stellte die Autonome Republik Krim den Antrag auf Aufnahme in die Russische Föderation, dem stattgegeben wurde. Das war also die friedlich verlaufene Abspaltung der Krim von der Kiewer Ukraine, in dessen Parlament bis heute Faschisten sitzen.

War der Anschluss der Krim an Russland völkerrechtswidrig?

So sieht das auch der Jurist Reinhard Merkel. In seinem Zeitungs-Essay kommt er zu dem Schluss, dass die Abspaltung der Krim sowie das vorausgegangene Referendum völkerrechtskonform waren und nicht völkerrechtswidrig, wie allgemein behauptet wird. Dann macht Merkel allerdings Einschränkungen: Sowohl die Sezession als auch das Referendum verstießen nach seiner Auffassung gegen die ukrainische Verfassung. Das sei aber keine Frage des Völkerrechts, und da die ukrainische Verfassung Russland nicht binde, konnte es dem Antrag auf Beitritt der Krim stattgeben. Dennoch sei die Aufnahme der Krim in die Russische Föderation schon zwei Tage nach ihrer Abspaltung und aufgrund der militärischen Präsenz Russlands außerhalb seiner Pachtgebiete völkerrechtswidrig gewesen. Daraus folge jedoch nicht, dass die Separation der Krim "null und nichtig" und der nachfolgende Beitritt zu Russland eine "maskierte Annexion" sei. Vielmehr habe es sich um eine Sezession gehandelt.

Merkels kommt noch zu weitergehenden Schlüssen. Die völkerrechtswidrige russische Militärpräsenz habe zwar das zwischenstaatliche Interventionsverbot verletzt, "auch wenn gerade sie einen blutigen Einsatz von Waffengewalt verhindert haben mag". Das mache aber

"die davon ermöglichte Sezession keineswegs nichtig", berechtige andere Staaten jedoch zu "Gegenmaßnahmen, zum Beispiel Sanktionen". Merkel dazu:

*Deren Verhältnismäßigkeit hat sich allerdings an ihrem tatsächlichen Anlass zu bemessen und nicht an einem fingierten Schreckgespenst: an einer militärischen Nötigung auf fremdem Staatsgebiet also, nicht aber einer gewaltsamen Annexion... Adressaten der Gewaltandrohung waren nicht die Bürger oder das Parlament der Krim, sondern die Soldaten der ukrainischen Armee. Was so verhindert wurde, war ein militärisches Eingreifen des Zentralstaats zur Unterbindung der Sezession. Das ist der Grund, warum die russischen Streitkräfte die ukrainischen Kasernen blockiert und nicht etwa die Abstimmungslokale überwacht haben.*

*Reinhard Merkel*

Dem ist in der Grundaussage, dass die Sezession und das Referendum völkerrechtskonform waren, zuzustimmen, nicht jedoch den weiteren Schlussfolgerungen, die militärische Präsenz Russlands auf der Krim außerhalb seiner Pachtgebiete, also der begleitende Schutz des Referendums durch russische Soldaten, sowie die unmittelbare Anerkennung der Republik Krim durch Russland seien völkerrechtswidrig gewesen. Diese Ansicht kann unter Berücksichtigung der Begleitumstände aus folgenden Gründen nicht überzeugen:

Nachdem bereits ukrainisches Militär einsatzbereit war und sich nationalistische Kampfverbände aus dem Zentralstaat auf dem Weg in die Krim befanden, fürchtete die weit überwiegende russischstämmige Bevölkerung zu recht ernsthafte Repressalien und Krieg. Insofern war der Einsatz der in Sewastopol stationierten russischen Einheiten zur Absicherung einer ordnungsgemäßen Durchführung der Wahlen und zum Schutz ihres Flottenstützpunktes in Sewastopol nicht zu beanstanden.

Bei der Klärung der Frage, ob die ergriffenen Maßnahmen völkerrechtskonform waren, muss zum einen auf die Gefährdungslage der Krimbevölkerung nach dem Staatsstreich abgehoben werden, aber ebenso auf die Tatsache, dass die USA mit ihrer NATO den russischen Flottenstützpunkt Sewastopol im Visier hatten. Hätte sich die Krim nicht der Russischen Föderation angeschlossen, sondern innerhalb der Ukraine von der Kiewer Putschregierung ihre Bürger- und Menschenrechte eingefordert, sähe es dort heute so aus wie in der Ostukraine: Bürgerkrieg mit zerstörten Städten und Dörfern, tausenden Toten, hunderten Flüchtlingen. Außerdem hätte die NATO unmittelbaren Zugriff auf den Hauptstützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte bekommen.

Ferner darf nicht vergessen werden, dass die Krim ohnehin 171 Jahre zu Russland gehört hatte und 1954 von Chruschtschow - wie es heißt aufgrund einer Wodka-Laune - unter Verstoß gegen die Verfassung der UdSSR an die Ukraine "verschenkt" wurde, was seinerzeit jedoch nicht mehr bedeutete, als dass sie von einer Sowjetrepublik zu einer anderen kam.

Da gemäß des Artikels 51 der UN-Charta in einem Konfliktfall Notwehr des Angegriffenen und Nothilfe seitens anderer Staaten rechtens ist, kann das nach der

Unabhängigkeitserklärung auch auf die Krim Anwendung finden. Denn von einem Konfliktfall war in der damaligen Situation auszugehen. In Kiew hatte es zahlreiche Opfer gegeben, ukrainische Einheiten und Nationalistenverbände waren bereit, auf der Krim zu intervenieren, und in der Ostukraine begann kurz darauf ein mörderischer Bürgerkrieg.

Ob die ukrainische Verfassung nach dem Putsch überhaupt noch Geltung hatte, ist im Übrigen zu bezweifeln. Es herrschten Willkür, in Teilen des Landes kriegerische Zustände und nach dem Regime Change war die Ukraine dem Zugriff der USA ausgeliefert. Damit war auch die Garantie ihres territorialen Bestandes durch Russland nach dem sogenannten Budapester Memorandum von 19946 obsolet.

Insofern war die unverzügliche Aufnahme der Republik Krim in die Russische Föderation geboten, um Kriegshandlungen gegen die russischstämmige Bevölkerung auf der Krim zu verhindern. Auch die Anwesenheit russischen Militärs vor den ukrainischen Kasernen war während des Referendums erforderlich, um die Durchführung der Wahlen und damit das Selbstbestimmungsrecht der Krimbewohner und ihren Schutz zu gewährleisten - es war sozusagen eine humanitäre Intervention sui generis und somit völkerrechtskonform.

Unter Berücksichtigung der Fakten und aller Umstände sind die Sezession und der Anschluss der Krim an die Russische Föderation weder rechtlich noch sonst wie zu beanstanden. Der Begriff "Annexion" ist auf diese Vorgänge nicht anwendbar und dient allein propagandistischen Zwecken.

Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen. 2017 erschien von ihm im Westend Verlag in Frankfurt am Main das Buch "Die Eroberung Europas durch die USA - eine Strategie der Destabilisierung, Eskalation und Militarisierung".

(Wolfgang Bittner)